



Haushaltsrede 2019

von Bürgermeister Christian Seitz

IN DER SITZUNG DER GEMEINDEVERTRETUNG
AM 13. DEZEMBER 2018.

**Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

Finanzpolitische Zeitenwende

als ich vor 10 Jahren den Haushalt für die Gemeinde Kriftel in die Gemeindevertretung eingebracht habe, war das in einer Zeit einer finanzpolitischen Zeitenwende. Das damalige neue Haushaltsrecht sah vor, dass die bis dahin seit Jahrzehnten praktizierte Haushaltssystematik – die Kameralistik – durch die so genannte Doppik abgelöst wurde. Damit sollte in die kommunalen Verwaltungen, aber auch in die politischen Gremien, sozusagen das kaufmännische Prinzip Einzug halten.

Neben die zahlungswirksamen Bereiche wurden auch zahlungsunwirksame gestellt, wie etwa die Abschreibungen. Die politischen Gremien sollten nach der Doppik nicht mehr über jede Kleinigkeit entscheiden, sondern Ziele definieren und die finanzpolitischen Rahmenbedingungen, das Budget, zur Verfügung stellen. Für die Verwaltungen war diese Umstellung eine riesige Herausforderung und viele Berater und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben mit der Umstellung viel Geld verdient.

Im Grunde ist die Umstellung bis heute in vielen Städten und Gemeinden nicht vollständig vollzogen, denn immer noch wird an den Aufstellungen der Jahresabschlüsse gearbeitet. Wir haben die Umstellung damals weitestgehend mit eigenem Personal hinbekommen, das diese mit großem Engagement und Sachkenntnis erfolgreich gemeistert hat. Darauf bin ich sehr stolz.

In der heutigen Sitzung legen wir Ihnen den Jahresabschluss für das vergangene Jahr vor und haben damit die mühsame Aufarbeitung der vergangenen Jahre abgeschlossen. Mein Dank geht deshalb gleich zu Beginn an die Mitarbeiter unserer Verwaltung, die die Aufgaben, die sich uns stellen, engagiert angehen und erfolgreich meistern. Vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren, zehn Jahre später stehen wir in Hessen und insbesondere auch in Kriftel wieder vor so einer finanzpolitischen Zeitenwende. Sicher nicht so umfassend wie damals, aber es ist dennoch eine Veränderung, die gesetzlich von außen auf unsere Haushaltspolitik einwirkt und uns zu Entscheidungen zwingt, die wir sonst vielleicht nicht in dieser Form getroffen hätten. Auch wenn die Entscheidungen sicher unpopulär und nicht einfach zu treffen sind, möchte ich vorausschicken, dass der Gedanke, den der Gesetzgeber damit verfolgt, sicher richtig ist. Diesen Gedanken unterstütze ich ausdrücklich.

Wovon spreche ich, meine Damen und Herren? Die Hessische Landesregierung und insbesondere den hessischen Finanzminister treibt seit Jahren um, dass die Städte und Gemeinden zum Teil hoch verschuldet sind und die finanzielle Last kaum noch tragen konnten. Eine Last, die letztlich auch der Gesetzgeber selbst durch Entscheidungen - wie etwa bei der Kinderbetreuung - massiv erhöht hat. Die Folge war ein stetiges Anwachsen der Kassenkredite bei den Städten und Gemeinden.

So ist die Hessische Landesregierung zum einen an eine Veränderung des kommunalen Finanzausgleiches (KFA) gegangen - etwas, woran sich frühere Regierungen nicht so richtig herangetraut haben. Jetzt kann man sich über die neue Ausrichtung des KFA sicher streiten

und für Kriftel hat er auch nichts Gutes gebracht, aber er hat dazu geführt, dass viele Städte und Gemeinden, massiv entlastet wurden. Ich komme später noch einmal darauf zu sprechen.

Zum zweiten wurde der so genannte kommunale Schutzschirm erfunden, von dem im Main-Taunus-Kreis unsere Nachbarstadt Hattersheim profitiert hat.



Mit der jetzigen Veränderung, nämlich der Idee der Hessenkasse, werden Ideen aus dem Schutzschirm aufgegriffen und für fast alle Kommunen umgesetzt. Die Hessenkasse ist ein Instrumentarium, mit dem das Land die Kommunen einerseits entlastet, indem es die Kassenkredite der Städte und Gemeinden übernimmt, die diese auch nur zur Hälfte tilgen müssen - für Kriftel sind das immerhin 4,1 Mio. Euro. Die Hessenkasse ist aber gleichzeitig auch eine gesetzliche Veränderung, die verhindern soll, dass keine neuen Kassenkredite entstehen und die Städte und Gemeinden dazu zwingt, nicht nur ihren Aufwand, sondern vor allem auch die Erträge so zu gestalten, dass die Tilgungen erwirtschaftet werden, keine Kassenkredite entstehen und sogar noch ein Liquiditätspuffer aufgebaut wird. Auch hierauf komme ich später noch zu sprechen.

Finanzpolitische Zeitenwende in Kriftel aber auch noch aus anderen Gesichtspunkten heraus: Denn im selben Jahr der Einführung der Hessenkasse hat der Hessische Landtag (auf Initiative der FDP) die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft. Eine Entscheidung, die eigentlich nicht so ganz zu den Zielen der Hessenkasse passt und die Städte und Gemeinden in eine Diskussion zwingt, die am Ende dazu führen kann, dass zusätzliche Einnahmeerhöhungen beschlossen werden müssen. Letztlich passt diese Entscheidung auch nicht ganz zu den sonstigen Haushaltsgrundsätzen, die uns das Haushaltsrecht vorgibt. Hierzu liegt ja auch eine gesonderte Beschlussdrucksache zur Beratung vor.

Finanzpolitische Zeitenwende auch, wenn man die Medienberichterstattung in den vergangenen Wochen aufmerksam verfolgt hat in Bezug auf die Systematik der Grundsteuer. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat dieser Tage seine Pläne zu dieser Reform vorgestellt. Die neue Systematik soll auch im kommenden Jahr diskutiert und beschlossen werden. Ich prophezeie schon heute, dass es hierbei noch viel Diskussionsbedarf gibt und es vor allem wieder die Kommunen sein werden, die bei einem Umstellungsprozess nicht nur eine Menge Arbeit vor sich haben, sondern auch den Ärger der Bürgerinnen und Bürger abbekommen werden. Denn eines ist logisch: Wenn das Gesamtaufkommen nach den Plänen der Bundesregierung gleich bleiben soll, wird es natürlich viele Gewinner geben, die weniger bezahlen müssen und es wird viele Verlierer geben, die mehr bezahlen müssen. Schauen wir mal, wie sich die neue Regelung dann entwickelt.

Finanzpolitische Zeitenwende aber auch ganz konkret in Kriftel, was unseren Haushalt betrifft. Durch den einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung (auf Antrag der CDU Fraktion) werden die Krifteler Gemeindewerke zum Ende des Jahres aufgelöst und in die Gemeindeverwaltung integriert. Auch diese Umstellung haben wir ohne externe Unterstützung umgesetzt, was nicht selbstverständlich ist. Die Eingliederung ist im Wesentlichen eine Veränderung unseres Haushaltsplanes und der Finanzwirtschaft sowie eine organisatorische in der Verwaltung, zumal alle Mitarbeiter ja im Grunde ihre Aufgaben weiterhin ausüben. Dennoch gibt es Synergien und wir sparen auch richtig Geld. Eine gute Entscheidung.

Also meine Damen und Herren: Zeitenwende ist sicher ein überspitzter Begriff, aber Sie sehen trotzdem, dass sich mit dem Haushalt 2019 vieles verändert – sich vieles verändern muss, was wir bislang gewöhnt waren. Er wird uns schmerzliche Entscheidungen abverlangen, aber letztlich sind es gute und notwendige Entscheidungen für eine nachhaltige finanzpolitische Zukunft unserer Gemeinde.

Zielvorgabe

Meine Damen und Herren, nach diesen finanzpolitischen Vorbemerkungen möchte ich nun zu den Zahlen des Haushaltsplanentwurfes für das kommende Jahr 2019 kommen. Ich möchte dabei zunächst unsere Zielvorgabe für den Haushalt darstellen, dann die Situation, die sich dem Gemeindevorstand bei den Beratungen des Verwaltungsentwurfes gezeigt hat und dann den Vorschlag begründen, den der Vorstand ihnen macht, um das Ziel zu erreichen. Zum Schluss werde ich ihnen einige wichtige Projekte und Inhalte des Haushaltsplanes vorstellen.

Als der Gemeindevorstand die Beratungen über den Haushaltsplan begonnen hat, haben wir zunächst unsere Ziele definiert, sozusagen die Rahmenbedingungen, die das Zahlenwerk erfüllen sollte, und haben uns dabei an dem neuen Haushaltsrecht und seinen zwingenden Vorgaben orientiert.

Wir wollten Ihnen einen durch die Aufsichtsbehörden genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen, der ohne die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auskommt, der die Investitionen beinhaltet, die für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde und den Erhalt unserer Infrastruktur notwendig sind sowie die geforderten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch ihre Gemeindeverwaltung sicherstellt.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Um dies zu erreichen, musste der Haushaltsplanentwurf folgende rechtliche Kriterien erfüllen:

- Haushaltsausgleich in Plan und Jahresrechnung (Ergebnishaushalt)
- Genehmigung Haushalt nur nach Vorlage der Jahresrechnung des Vorvorjahres
- Pflicht zur Rückzahlung von Kassenkrediten zum 31.12.2018 und 2019
- Erwirtschaftung der Tilgungen durch ordentliche Erträge
- Aufbau eines Liquiditätspuffers bis 2022 in Höhe von ca. 600.000 Euro (2 % Haushaltsvolumen)

Wir hatten bereits in der ersten Jahreshälfte bei einer Sitzung des HFA (in Verbindung mit dem Antrag der FDP Fraktion für eine Nachhaltigkeitssatzung) über diesen Sachverhalt informiert und gleichzeitig gesagt, dass diese rechtlichen Festlegungen uns einschränken werden, was die Aufstellung von Haushaltsplänen, aber was vor allem die Investitionsplanung betrifft. Deshalb bin ich heilfroh, dass wir es gemeinsam richtig gemacht haben unsere Großinvestitionen, unser Kita-Programm, die Sanierung des Parkbades, das Projekt Sporthalle an der Konrad-Adenauer-Schule und den Kunstrasenplatz in einer Zeit der Niedrigzinsphase getätigt und vor allem dieses Programm weitgehend abgewickelt haben. Und ich bin auch heilfroh, dass es uns gelungen ist, das Senioren- und Pflegezentrum mit dem Haus St. Sebastian und dem DRK Betreutes Wohnen ohne Mittel der Gemeinde zu realisieren. Denn wir werden erleben, dass Zinsen auch wieder steigen und wir werden auch erleben, dass sich die Konjunktur auch einmal wieder abflacht. Hoffentlich erleben wir nicht irgendwann einmal wieder so eine Krise, wie wir sie vor etwa 10 Jahren gehabt haben.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Also wie sahen die finanziellen Rahmenbedingungen aus, als wir den ersten Verwaltungsentwurf in die Beratungen des Gemeindevorstandes eingeführt haben? Ich möchte diese Ausgangslage im Vergleich zu den Zahlen von 2018 darstellen. Durch die Systematik der Umlagenberechnung werden wir im kommenden Jahr eine Mehrbelastung bei der Kreis- und Solidaritätsumlage im Vergleich zu diesem Jahr von ca. 1,8 Mio. Euro haben. 1,8 Mio. Euro die wir cash an den Kreis und das Land mehr zahlen müssen. Hinzu kommt eine Mehrbelastung von ca. 270 TEURO, die durch die Tilgung im Zusammenhang mit der Hessenkasse entsteht. Insgesamt eine Mehrbelastung in Höhe von etwa 2,1 Mio. Euro. Eine stattliche Summe. Da die Umlageverpflichtungen aus dem KFA häufig sehr wechselhaft sind, wie man in diesem Schaubild sehen kann, hätten wir sicher in der Vergangenheit einen Teil dieser Mehrbelastung durch Kassenkredite zwischenfinanziert. Wie bekannt, ist dies aber ja zukünftig nicht mehr möglich. Das ist der große Unterschied zu der bisherigen Systematik.

Ergebnishaushalt inklusive Gemeindewerke

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wurde die Verwaltung bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes aufgefordert, die Belastungen so gering wie möglich zu halten und Projekte, sofern es möglich ist, zeitlich zu verschieben. Natürlich mussten bei der Zusammenstellung des Haushaltsplanentwurfes nun auch diejenigen Aufwendungen und Erträge in den Haushaltsplan integriert werden, die vorher im Wirtschaftsplan der Gemeindewerke auftauchten. Somit werden sie feststellen, dass das Volumen des Haushaltsplanes etwa um rund vier Mio. Euro angewachsen ist.

Zu den finanziellen Rahmenbedingungen gehört natürlich auch der Steuerhaushalt. Grundlage für die Berechnung des Steuerhaushaltes bildet für uns immer der Finanzplanungserlass des Landes Hessen. Bis auf einen Punkt sind wir diesen Empfehlungen auch gefolgt.

Insgesamt sieht die Entwicklung der Steuereinnahmen durch die gute konjunkturelle Entwicklung sehr positiv aus. Aktuellen Steuerschätzungen aus dem Herbst dieses Jahres zufolge, ist aber in Zukunft mit einer deutlichen Abflachung dieser Entwicklung zu rechnen.

Die Ausgangssituation bei den zu erwartenden Steuereinnahmen sah wie folgt aus:

Steuerart	2019	Veränderung
• Einkommenssteuer	9.315.000 €	+494.000 €
• Umsatzsteuer	695.400 €	- 48.600 €
• Gewerbesteuer	7.500.000 €	+ 500.000 €
• Grundsteuer	2.250.000 €	0 €
• Spielapparatesteuer	700.000 €	100.000 €

Wie immer bildet der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer den größten und zugleich auch einen sehr verlässlichen Anteil an unserem Steuerhaushalt. Deutlich unsicherer ist die Gewerbesteuer, die sich aber in den letzten Jahren wegen der guten Konjunktur, aber auch der erfolgreichen Arbeit unseres Wirtschaftsförderers, sehr positiv entwickelt. Einen Blick möchte ich auch auf die Spielapparatesteuer lenken. Ich bin nicht sehr stolz auf diese Einnahmeart, aber wir müssen dennoch zur Kenntnis nehmen, dass sie einen deutlichen Anteil zur Finanzierung unserer Aufgaben leistet, den wir, wenn wir ihn nicht hätten, durch andere Einnahmen kompensieren müssten.

Ergebnishaushalt inkl. Anteil Gemeindewerke

Meine Damen und Herren, auf der Basis dieser Ausgangslage hat der Gemeindevorstand den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes intensiv beraten und über die einzelnen Projekte und Aufwandspositionen diskutiert. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde in einer Fortschreibungsliste erfasst und am Ende zusammengefasst. Wie stellte sich der Haushaltsplanentwurf vor der Endabstimmung im Gemeindevorstand dar? Dabei muss ich zunächst auf die Strukturveränderung eingehen, die ich eingangs bereits erwähnt habe.

Ab dem 1.1.2019 bilden sich die Aufwendungen und Erträge der Gemeindewerke im Haushalt der Gemeinde ab. Diese Eingliederung hatte auch in der Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeinde Veränderungen zur Folge, wobei die Aufgaben der Mitarbeiter im Wesentlichen gleich geblieben sind. So bildet sich der technische Zweig der Gemeindewerke mit unserem Betriebshof in Form eines zusätzlichen Fachbereiches ab, der zukünftig durch den derzeitigen Ersten Betriebsleiter geführt wird. Auf der kaufmännischen Seite wurde eine andere Struktur gefunden. Diese wurde aus organisatorischen Gründen in den Fachbereich 3 als zusätzliches Sachgebiet integriert, welches der kaufmännische Betriebsleiter zukünftig als stellvertretender Fachbereichsleiter verantwortet.

Natürlich fließen durch die Eingliederung der Werke sowohl Personalkosten als auch Sachkosten in den Gemeindehaushalt ein, so dass die Vergleichbarkeit der Haushalte 2018 und 2019 nicht ganz einfach darzustellen ist. Insgesamt, inklusive dem Anteil der Gemeindewerke, steigen die Personalkosten um über 30% auf ca. 5 Mio. Euro an – bereinigt entspricht das aber einer Personalkostensteigerung von 4,86%, was im Grunde ausschließlich auf tarifliche Steigerungen zurück zu führen ist. Die Sachkosten steigen trotz Eingliederung der Werke insgesamt um ca. 8% auf 6,6 Mio. Euro an. Aufzuzeigen, wie sich die Auswirkungen der Eingliederung im Einzelnen darstellen, würde die Haushaltsrede sprengen, können aber während der Haushaltsberatungen auf Nachfrage erläutert werden. Insgesamt führt die Eingliederung der Werke im Saldo bei der Gemeinde zu einer Verbesserung in Höhe von ca. 330.000 Euro.

Der Ergebnishaushalt inklusive des Anteils der Gemeindewerke wies nach Abschluss der Beratungen ordentliche Erträge in Höhe von 30.108.547 Euro aus. Das ist ein Zuwachs bei den Erträgen in Höhe von ca. 4,2 Mio. Euro. Auf der Aufwandsseite wurden Aufwendungen in Höhe von 29.452.238 Euro veranschlagt, was einem Zuwachs von ca. 4,04 Mio. Euro entspricht.

Ergebnishaushalt	2019	Veränderung
• Ordentliche Erträge	30.108.547 €	+4.189.379 €
• <u>Ordentliche Aufwendungen</u>	<u>29.452.238 €</u>	<u>+4.041.601 €</u>
• Ordentliches Ergebnis	656.309 €	+ 158.919 €

Daraus errechnete sich vor der finalen Beschlussfassung des Gemeindevorstandes über den Haushaltsplanentwurf ein ordentliches positives Ergebnis in Höhe von 656.309 Euro. Normalerweise wären wir an dieser Stelle wahrscheinlich im Gemeindevorstand und auch in der Gemeindevertretung mit den Beratungen sehr schnell fertig gewesen und zufrieden nach Hause gegangen. Wir hätten nämlich einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan gehabt.

Das neue Haushaltsrecht richtet für eine Haushaltsgenehmigung aber nicht nur den Blick auf den Ergebnishaushalt, sondern verstärkt auch auf den Finanzhaushalt. Auch dieser stellte sich auf den ersten Blick recht positiv dar und wies einen Finanzmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.347.885 Euro aus. Wir erwirtschaften also einen positiven Cash Flow, den wir, nach Abzug aller laufender Aufwendungen, zur Tilgung unserer langfristigen Verbindlichkeiten nutzen können. Den Tilgungssatz haben wir wegen der niedrigen Zinsphase bewusst sehr hoch gesetzt, damit wir aus Gründen der Generationengerechtigkeit die Darlehen schnell zurückzahlen können. Sicher auch eine richtige Entscheidung. Zu den „normalen“ Tilgungen, die wir nach dem ersten Entwurf erwirtschaften, kommt jetzt aber noch die Tilgungszahlung aus der Hessenkasse hinzu.

Finanzhaushalt	2019
• Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.347.885 €
• <u>Ordentliche Tilgung inkl. Hessenkasse</u>	<u>1.664.750 €</u>
• Unterdeckung der ordentlichen Tilgung	-316.865 €

Daraus ergab sich eine Unterdeckung der ordentlichen Tilgung für die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltsplanentwurfes. Hinzu kommt die Verpflichtung zum Aufbau einer Liquiditätsrücklage – im Grunde auch verpflichtend für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von 2 % des durchschnittlichen Haushaltsvolumens der letzten 5 Jahre. Da wir aber Teilnehmer der Hessenkasse sind, wie im Übrigen ca. 80 % der Städte und Gemeinden in Hessen, haben wir für den Aufbau dieser Rücklage bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2022 Zeit.

Meine Damen und Herren, nach altem Recht wäre unser Haushalt also anstandslos, ohne Haushaltssicherungskonzept und ohne Auflagen, genehmigt worden. Unsere Ausgangslage für die Genehmigung nach neuem Recht stellte sich aber wie folgt dar:

- Haushaltsausgleich in Plan und Jahresrechnung (Ergebnishaushalt)
- Genehmigung Haushalt nur nach Vorlage der Jahresrechnung des Vorjahres
- Pflicht zur Rückzahlung von Kassenkrediten zum 31.12.2018 und 2019
- Erwirtschaftung der Tilgungen durch ordentliche Erträge
- Aufbau eines Liquiditätspuffers bis 2022 in Höhe von ca. 600.000 Euro (2 % Haushaltsvolumen)

Natürlich haben wir uns zunächst Gedanken darüber gemacht, ob es noch gelingen kann unser Ziel durch weitere Sparmaßnahmen zu erreichen. Unser Ziel: einen durch die Aufsichtsbehörden genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen, der gleichzeitig ohne die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auskommt und der die für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde und den Erhalt unserer Infrastruktur notwendigen Investitionen beinhaltet sowie die geforderten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch ihre

Gemeindeverwaltung sicherstellt. Dabei haben wir schon einige Vorhaben verschoben, die unsere Verwaltung als notwendige Projekte angemeldet hatte.

Ein wichtiges Beispiel ist etwa die Modernisierung unseres Rat- und Bürgerhauses. Hier wollen wir Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen, wir müssen dringend unser Brandschutzkonzept umsetzen und wir wollen auch die Ausstattung auf einen aktuellen Stand bringen. Ganz ohne Zweifel ein wichtiges Projekt. Wir haben es verschoben.

Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite haben wir, was den Ergebnishaushalt betrifft, ja seit Jahren einen sehr zurückhaltenden Kurs gefahren und überall dort, wo wir es für vertretbar gehalten haben, in der Vergangenheit unseren Aufwand reduziert. Letztlich sind wir dann aber auch zu der Überzeugung gekommen, dass das, was wir für unsere Bürgerinnen und Bürgern als Leistung zur Verfügung stellen, das Spektrum der noch verbliebenen sogenannten freiwilligen Leistungen wichtig und notwendig ist, um im Wettbewerb mit den anderen Städten und Gemeinden Erwartungen zu erfüllen, die unsere Bürger zurecht an ein funktionierendes Gemeinwesen stellen.

Und die aktuelle Diskussion landauf und landab zeigt doch auch: Die Menschen erwarten etwas von ihrem Staat. Die Menschen erwarten, dass der Staat funktioniert, dass die Kitas gut ausgestattet sind und eine hohe Betreuungsqualität haben, die Menschen erwarten, dass die Straßen in Ordnung sind und die öffentlichen Einrichtungen nicht nur erhalten werden, sondern auch modern sind. Die Unzufriedenheit und das Misstrauen und auch die Zuwendung zu populistischen Parteien entstehen doch dort, wo das nicht der Fall ist.

Wir haben gesagt, dass nicht beides geht, nämlich gute Leistungen und Angebote in einer Gemeinde zu haben, eine gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und auf der anderen Seite die Aufwendungen dafür immer weiter zurück zu fahren. Leistungen und Angebote gibt es nirgendwo zum Nulltarif. Dabei müssen wir immer im Hinterkopf haben, dass dieses breite Spektrum an Angeboten auch nur deshalb unseren Bürgern gemacht werden kann, weil sich so viele Menschen in unserer Gemeinde ehrenamtlich engagieren.

Deshalb haben wir uns im Gemeindevorstand dazu entschieden, Ihnen keine weitere Streichliste vorzulegen. Nein - wir haben entschieden, Ihnen eine Anpassung der Grundsteuer vorzuschlagen, um die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltes auch im Sinne einer nachhaltigen und generationsgerechten Finanzpolitik vorzulegen.

Ich habe das in früheren Jahren mal als unseren Vereinsmitgliedsbeitrag in unserer Gemeinde bezeichnet. Auch ein Verein muss von Zeit zu Zeit seine Beiträge anpassen, um sein Leistungsangebot aufrechterhalten zu können.

Denn, meine Damen und Herren, wir müssen unsere Leistungen selbst finanzieren. Sieht man einmal von dem Programm der Hessenkasse ab, erhalten wir aus dem Kommunalen Finanzausgleich keine finanzielle Hilfe – im Gegenteil. Wir helfen durch unseren Solidarbeitrag in Höhe von – Achtung: 511.000 Euro! – anderen Kommunen bei der Finanzierung ihrer Leistungen.

Finanzpolitisches Umfeld

Wie sieht das bei den anderen Kommunen im doch so reichen Main-Taunus-Kreis aus? Schon mit Blick auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen kann man sich hier ein eigenes Bild machen.

	2017	2018
• Hofheim	3.111.933 Euro	5.035.623 Euro
• Hattersheim	11.170.929 Euro	10.776.270 Euro
• Flörsheim	7.871.652 Euro	8.688.980 Euro
• Kelkheim	8.295.741 Euro	8.632.816 Euro
• Bad Soden	1.030.189 Euro	3.813.083 Euro
• Hochheim	2.494.731 Euro	1.877.955 Euro
• Liederbach	295.123 Euro	872.681 Euro
• Kriftel	51.202 Euro	- 510.597 Euro

Die Aufstellung zeigt eindrucksvoll, dass wir als Gemeinde Kriftel im Grunde zu den „big four“ im Main-Taunus-Kreis gezählt werden. Nämlich zu Eschborn, Schwalbach, Sulzbach. Nur, dass wir im Vergleich zu Sulzbach auch noch ein Freibad betreiben. Finde den Fehler – könnte man spaßeshalber sagen, wenn es nicht so ernst wäre.

Was ich sagen will – wir müssen uns selbst um die Erwirtschaftung unserer Einnahmen kümmern. Und dabei haben wir bei den Beratungen im Gemeindevorstand auch einen Blick auf die Hebesätze bei den Städten und Gemeinden des MTK geworfen, bei den Steuerarten, die wir beeinflussen können.

Hebesätze	Grundsteuer B	Gewerbsteuer
• Hofheim	510	370
• Hattersheim	550	370
• Flörsheim	490	360
• Kelkheim	470	360
• Bad Soden	550	357
• Hochheim	405	350
• Liederbach	400	360
• Kriftel	450	360

Dabei wird deutlich, dass die Hebesätze der Gewerbesteuer im Grunde gleich sind und sich um den Nivellierungshebesatz ranken. Auch bei der Grundsteuer ist der Hebesatz in einem Korridor von etwa 150 Punkten ziemlich ähnlich. Die Ausreißer nach unten habe ich dabei weggelassen, weil sie nicht repräsentativ sind. Wir liegen da mit unserem Hebesatz mittendrin und damit deutlich unter dem derzeitigen Durchschnitt in Hessen, der bei 502 Punkten liegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hebesatz in Berlin, der bei 810 liegt. Und nicht weit von hier, im Hochtaunus-Kreis in Steinbach, soll im kommenden Jahr der Hebesatz auf 650 Punkte steigen. Unsere beiden Nachbarstädte Hofheim und Hattersheim liegen 60 bzw. 100 Punkte über unserem Hebesatz. Hofheim erhält ca. 5 Mio. und Hattersheim erhält ca. 11 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen. Beide Kommunen sind im Gegensatz zu Kriftel Mittelzentren und werden dadurch im KFA deutlich besser gestellt als wir.

Wir haben es uns im Gemeindevorstand wirklich nicht leicht gemacht. Letztlich sind wir aber zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen vorzuschlagen, den Grundsteuerhebesatz um 100 Punkte auf 550 Punkte anzuheben. Für die Gemeinde entspricht das Mehreinnahmen in Höhe von ca. 500.000 Euro. Die nahezu gleiche Höhe wie die zu zahlende Solidaritätsumlage ist dabei genauso interessant wie zufällig.

Mit diesem Vorschlag können wir die zur Genehmigung erforderliche Deckung der Tilgungen erreichen und anfangen, unsere Liquiditätsrücklage aufzubauen, die bis 2022 ca. 600.000 Euro erreicht haben sollte.

- Grundsteuererhöhung 100 Punkte 500.000 €
- Zu deckender Betrag der Tilgung 320.000 €
- Aufbau Liquiditätsrücklage 180.000 €

Wir würden also alle unsere Ziele und die geforderten Kriterien für einen genehmigungsfähigen Haushalt erreichen. Wir schlagen damit - alles andere als leichtfertig - einen Weg vor, der sicher nicht populär, aber in Anbetracht des neuen Haushaltsrechts und einer nachhaltigen Finanzpolitik geboten und zu vertreten ist, meine Damen und Herren.

Entlastung der Bürger durch niedrigere Gebühren

Im Umkehrschluss ist das zunächst einmal eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger in gleicher Höhe. Warum sage ich zunächst?

Auf der anderen Seite bleiben die Gebühren für die Abfallwirtschaft, anders als in anderen Kommunen stabil. Darüber hinaus schlagen wir Ihnen mit den Drucksachen 2018-92 und 93 vor, die Gebühren für Frischwasser und Abwasser um 10 bzw. 11 ct. pro qm zu senken. Insgesamt entspricht das einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um ca. 182.000 Euro. Gerade bei den Gebührenhaushalten zeigt sich, wie kostenbewusst und wirtschaftlich wir in unserer Verwaltung vorgehen.

Damit man sich die Auswirkungen etwas besser vorstellen kann, haben wir einmal drei Beispielhaushalte berechnet:

Wohngebäude	A	B	C
Mehrbelastung Grundsteuer	+ 53,70 €	+ 97,17 €	+ 129,40 €
Entlastung Wasser/Abwasser	- 31,84 €	- 24,04 €	- 24,03 €
Gesamtsteigerung Hausabgaben	+ 21,86 €	+ 73,13 €	+ 105,37 €
	(+1,96 %)	(+6,48%)	(+8,28%)

Bestandteile des Haushaltes - Projekte

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist sicherlich bereits der spannendste Teil meiner Haushaltsrede gesagt und die Schlagzeile gesetzt. Für viel wichtiger hingegen halte ich es aber, was wir im kommenden und den folgenden Jahren inhaltlich vorhaben und wie wir unsere Gemeinde weiterentwickeln wollen. Im Zentrum dabei stehen wie immer die Familien in Kriftel, für die wir unsere Gemeinde attraktiver gemacht haben und auch in Zukunft weiter machen werden.

Ein ganz wichtiger Schritt dabei war die große Gebührenentlastung unserer Familien im Bereich der Betreuungsgebühren, die wir dank der hessischen Landesregierung in Kriftel umsetzen konnten. Natürlich ist auch dies zu berücksichtigen, wenn man sich die Belastungen der Bürger anschaut.

Großinvestitionen in die Kinderbetreuung

Mit Beginn der Amtszeit von Kollegen Jirasek und mir an, haben wir es uns vorgenommen, in einem umfassenden Kitaprogramm unsere Einrichtungen zukunftsfähig zu machen: nicht nur was die Quantität, sondern auch was die Qualität betrifft. Mit der Kita St. Elisabeth, der Kita Obstgärtchen und der Kita Vogelnest haben wir bereits drei wichtige Kitas ausgebaut und modernisiert. Vor ein paar Tagen haben wir an der Rossertstraße den ersten Spatenstich zur Errichtung der Kita St. Vitus gehabt, in die ja die heutige Kita Kinderplanet umziehen soll. Damit erweitern wir unsere Betreuungsplatzkapazitäten um weitere zwei Gruppen. Wir werden hier etwa 5,1 Mio. Euro für unsere Kinder investieren. Außerdem werden wir den dadurch weggefallenen Spielplatz ersetzen. Das haben wir den Familien dort versprochen. Für den Neubau auf dem Gelände der Weingartenschule werden wir etwa 100.000 Euro investieren. Und wir wollen die Planungsaufträge für die Sanierung des bestehenden Kitagebäudes und dem benachbarten Wohnhaus erteilen, damit wir zeitnah mit der Sanierung beginnen können, sobald die Kinder in ihr neues Gebäude umgezogen sind. Denn auch die Kinder des Montessori Kinderhauses warten dringend auf ihre „neuen“ Räumlichkeiten. Für diese Planung wurden 300.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Barrierefreie Toilettenanlage am Bahnhof

Nachdem wir das Programm zum barrierefreien Umbau unserer Bushaltestellen abgeschlossen haben, wollen wir uns einem großen Wunsch annehmen, der aus dem Aktionsbündnis Barrierefreies Kriftel an uns gerichtet wurde. Es geht um die öffentliche Toilettenanlage am Bahnhof, die nicht nur in einem sehr schlechten Zustand, sondern gerade für Menschen mit Behinderungen alles andere als optimal ist. Wir wollen die Anlage komplett durch einen Neubau ersetzen. Dafür werden wir voraussichtlich etwa 100.000 Euro aufwenden müssen, die wir im Haushaltsplan kalkuliert haben.

Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur

Wir müssen aber auch in den Erhalt unserer Infrastruktur investieren.

So ist schon lange eine Sanierung des Daches des „Haus der Vereine“ dringend notwendig, um keine weiteren Schäden an dem Gebäude zu provozieren (ca. 90.000 Euro). Genau so ist es wichtig, die Balkone an unserer Seniorenwohnanlage, dem Josef-Wittwer-Haus, zu sanieren. Hier müssen wir dringend etwas tun, weil sonst nicht nur die Bausubstanz leiden würde, sondern auch eine erhöhte Unfallgefahr besteht (ca. 85.000 Euro).

Ein großes Ziel, das wir noch vor uns haben, ist die Modernisierung unserer guten Stube, der kleinen Schwarzbachhalle. An dieses Projekt müssen wir in absehbarer Zeit heran gehen, weil die kleine Halle sich nun wirklich nicht mehr in einem zeitgemäßen Zustand präsentiert. Aber das ist noch Zukunftsmusik. Trotzdem müssen wir schon jetzt einmal mehr in unsere Schwarzbachhallen investieren. Oben auf der To-Do-Liste steht für das kommende Jahr die Erneuerung der Heizungsanlage an, die am Ende ihrer Lebensdauer angekommen ist. Wir müssen auch die Dächer der Hallen sanieren, um sie für die Zukunft fit zu halten. Hierzu wollen wir im kommenden Jahr die Planungsaufträge vergeben. Einen Schritt zur Modernisierung wollen wir schon im kommenden Jahr vollziehen. Dieser geht auf einen Haushaltsan-

trag der CDU Fraktion zurück und ist auch dringend notwendig: Wir wollen den Bühnenvorhang endlich erneuern. Insgesamt wollen wir im kommenden Jahr ca. 217.000 Euro in den Erhalt der Schwarzbachhallen investieren.

Damit komme ich zu einer weiteren Investition zum Erhalt unserer Infrastruktur: Es ist die Eisenbahnbrücke im Zuge der Immanuel Kant Straße. Wir erinnern uns sicher noch an die holprige Baustelle, damals, als die ausführende Firma Pleite gegangen ist. Dem hervorragenden Einsatz der Verwaltung ist es damals zu verdanken gewesen, dass das Projekt letztlich doch erfolgreich abgewickelt wurde. Allerdings sind die Arbeiten wohl nicht zu 100% fehlerfrei ausgeführt worden, so dass Nässe in das Bauwerk eindringen konnte. Wir befinden uns hier noch in einem Rechtsstreit mit der Baufirma, müssen aber dennoch diesen Schaden beheben. Für die Sanierung des Brückenkopfes müssen wir ca. 125.000 Euro aufwenden.

Derzeit wird an der Lindenschule intensiv gebaut, um die Schule zu erweitern. Diesem Bau ist die bisherige Heimat der Ortsvereinigung des DRK zum Opfer gefallen, so dass das DRK ausweichen musste in die Liegenschaft in der Goethestraße, wo auch das Familienzentrum untergebracht ist. Dies kann in dieser Form aber nur ein kurzfristige Notlösung sein, und ich bin sehr dankbar für das große Verständnis, welches die Ortsvereinigung aufgebracht hat. Wir sind es dem DRK aber schuldig, eine dauerhafte Lösung zu schaffen, die den Anforderungen gerecht wird. Eine Umsetzung durch die Gewobau mit dem Projekt Raiffeisenstraße erscheint derzeit als nicht wirtschaftlich und kann auch nicht von der Gesellschaft umgesetzt werden. Um hier als Gemeinde eine geeignete Lösung finden zu können und um entsprechende Planungen voranzutreiben, wurden Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro im Haushalt veranschlagt.

Meine Damen und Herren, durch die Eingliederung der Gemeindewerke in den gemeindlichen Haushalt bilden sich natürlich zukünftig auch die Tiefbaumaßnahmen in unserem Haushalt ab. Die Baustelle für den Entlastungssammler für das Gebiet Mönchhof ist in vollem Gange. Mit diesem Kanal legen wir den Grundstein für die zukünftige Entwicklung in diesem Gebiet. Hierzu beraten Sie ja heute auch noch eine entsprechende Drucksache. Für die Abwicklung dieser Maßnahme sind für das kommende Jahr 300.000 Euro im Haushalt veranschlagt.



Gemeindeentwicklungskonzept und Wohnungsbau

Meine Damen und Herren, das Mönchhofgebiet, oder „Krifteler Wäldchen“, wird das sichtbarste Zeichen dafür sein, wie sich unsere Gemeinde in den letzten Jahren entwickelt hat und auch in Zukunft als eine lebenswerte und prosperierende Gemeinde in Mitten des Rhein-Main-Gebietes entwickelt. Das Thema Wohnen steht ganz weit oben auf der Agenda der Regionalpolitik und somit auch auf der unseren. Wir haben schon viel für den Wohnungsbau in den letzten Jahren getan – das sieht man an dem Wachstum der Bevölkerung – und haben auch noch vieles vor uns. Das Projekt der Gewobau an der Raiffeisenstraße, die Bebauung des Grundstückes der ROWG, die Bebauung des Grundstückes am Bahnhof und natürlich die Entwicklung des Gebietes am Krifteler Wäldchen. Zeitgleich beginnen die Vorbereitungen des Regionalverbandes zur Entwicklung des neuen regionalen Flächennutzungsplanes. Das ist der richtige Zeitpunkt, um die Fortschreibung unseres Gemeindeentwicklungskonzeptes vorzulegen, aber auch der richtige Zeitpunkt, um die Entwicklungsplanung für die Zukunft in Angriff zu nehmen. Wir wollen dabei mit einem externen Planungsbüro in einem transparenten Prozess diese Zukunftsprojektion für Kriftel in Angriff nehmen. Aus

diesem Grund haben wir für die kommenden zwei Jahre jeweils 50.000 Euro für die Erneuerung unseres Ortsentwicklungskonzeptes im Haushalt veranschlagt.

Natürlich gehört zur Entwicklung der Gemeinde auch dazu, dass es uns gelungen ist, für unser Gewerbegebiet eine Glasfaserversorgung (Stichwort Giganet) zu erreichen und wir beteiligen uns an einer kreisweiten Aktion zum Ausbau der Breitbandversorgung. Wir werden auch Schritt für Schritt unsere Liegenschaften mit freiem WLAN ausstatten – im kommenden Jahr sind die Schwarzbachhallen und unser Parkbad geplant – auch das gehört zu einer modernen Gemeinde heute dazu.

Die Projekte im Überblick:

• Toilettenanlage Bahnhof	100.000 €
• Dachsanierung Haus der Vereine	85.000 €
• Balkonsanierung JWH	90.000 €
• Kita St. Vitus inklusive Spielplatz Rossertstraße	5.200.000 €
• Planungskosten Kita Bleichstraße	300.000 €
• Schwarzbachhalle (Heizungsanlage/Vorhang/Dachsanierung)	217.000 €
• Entlastungssammler Mönchhof	300.000 €
• Brückensanierung Immanuel-Kant-Straße	125.000 €
• Planungskosten DRK	50.000 €
• Gemeindeentwicklungskonzept	50.000 €

Meine Damen und Herren, mit der Anhebung des Grundsteuerhebesatzes um 100 auf 550 Punkte weist der Entwurf des Haushaltsplanes mit all seinen Projekten und Leistungen der Gemeinde ordentliche Erträge in Höhe von 30.683.847 Euro und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 29.527.938 Euro und damit ein positives ordentliches Ergebnis von 1.155.909 Euro aus. Dieses Ergebnis zeigt deutlich die von mir angesprochene Zeitenwende auf.

Wir müssen durch das neue Haushaltsrecht zukünftig höhere positive Ergebnisse planen, um alle Genehmigungstatbestände zu erfüllen und um die Tilgungen unserer Kredite zu erwirtschaften. Und zu dieser Zeitenwende zählt sicher auch, dass wir zukünftig (siehe Drucksache zu den Straßenbeiträgen) stärker unsere Investitionen durch Ansparen erst erwirtschaften müssen. Eine reine Kreditfinanzierung wird auch bei steigenden Zinsen in Zukunft nicht zielführend sein.

Chancen und Risiken

Meine Damen und Herren, damit möchte ich mit der Vorstellung unseres Haushaltes langsam zum Ende kommen. Ich habe mich nur auf einige wenige Projekte konzentriert, die mir besonders wichtig erschienen. Natürlich beinhaltet der Haushaltsplan noch vieles mehr, dem wir uns in den Haushaltsberatungen widmen werden. Der Gemeindevorstand schlägt Ihnen eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes vor und ich weiß, dass es sicher dem einen oder anderen schwer fallen wird, dieses zu beschließen. Ich bin mir aber sicher, dass es zum jetzigen Zeitpunkt der richtige Weg ist. Die Zukunft hält für uns Chancen und Risiken bereit. Ein Risiko dabei ist es, ob die einkalkulierte Absenkung der Gewerbesteuerumlage 2020 wirklich kommt. Klar es ist aktuelle Gesetzeslage und das Ergebnis der Bund-Ländergespräche. Aber die Empfehlung des Finanzplanungserlass, die Senkung, die bei uns immerhin etwa 600.000 Euro ausmacht, nicht zu veranschlagen, zeigt, dass dies noch längst nicht ausgemacht ist. Auch wissen wir nicht, ob die gute wirtschaftliche Entwicklung auch in Zukunft so

anhält und wir wissen noch nicht, was uns die Reform bei der Grundsteuer bringen wird. Auch wenn ich nicht mit einer Verbesserung rechne, ist es auf der anderen Seite nicht auszuschließen, dass der Staatsgerichtshof doch noch eine Veränderung des KFA beschließt. Der Kreistag des Main-Taunus-Kreises hat am Montag ein Konzept beschlossen, mit der er den Städten und Gemeinden die Übernahme der Schulkinderbetreuung anbieten will. Auch damit müssen wir uns beschäftigen. Und wir haben noch das große Thema vor der Brust, wie wir zukünftig mit der Erhebung der Straßenbeiträge umgehen. Alles was ich eben genannt habe, kann sowohl in die eine als auch in die andere Richtung zu großen Veränderungen für unsere finanzielle Situation führen.



Deshalb ist es glaube richtig und notwendig, dass wir selbst die Beschlüsse fassen, die uns fit für die Zukunft halten. Ich weiß, dass es vor allem vor dem Hintergrund, dass landauf landab davon gesprochen wird, wie prall gefüllt die öffentlichen Kassen sind, schwer ist eine Mehrbelastung der Bürger zu entscheiden, auch wenn es sicher keine hohen Beträge sind. Ja – das trifft auf den Bund und wohl auch auf viele Länder zu – bei den Kommunen sieht es, auch vor dem Hintergrund des neuen Haushaltsrechtes, etwas anders aus.

Dank

Zum Schluss möchte ich noch Danke sagen. Danke an all jene, die sich das ganze Jahr über in den Vereinen und Verbänden ehrenamtlich für die Gemeinschaft und damit auch für unser Kriftel eingesetzt haben. Das gilt auch natürlich für Sie als ehrenamtliche Kommunalpolitiker, die sie Ihre Freizeit einsetzen, um Kriftel weiter zu entwickeln und die für ihre Entscheidungen nicht immer nur Applaus bekommen. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen des Gemeindevorstandes, den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern und auch den Mitgliedern unseres Ausländerbeirates. Mein Dank gilt aber auch allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihr Engagement maßgeblich dazu beitragen, das zum Erfolg zu führen, was wir in den politischen Gremien beschließen.

Ich wünsche Ihnen nun gute Beratungen des Haushaltsplanes 2019, bitte Sie sehr herzlich um Zustimmung zu diesem Zahlenwerk und stehe Ihnen wie in der Vergangenheit gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und vor allem friedliches neues Jahr.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Christian Seitz".

Christian Seitz
Bürgermeister